

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Wirtschaftsausschusses**  
**am Dienstag, 16.05.2017, 18.00 – 20.45 Uhr**

1. Breitbandversorgung im Stadtgebiet Monschau  
hier: Sachstandsbericht und Ausblick

Aufbauend auf die umfangreiche Sitzungsvorlage erläuterte Herr Frauenkron vom beauftragten Ing. Büro fnk-Consult den Sachstand des Breitbandausbaus im Stadtgebiet Monschau. Die entsprechende Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Aus Reihen des Ausschusses ergaben sich Fragen nach der Möglichkeit, im Zuge von Straßenbaumaßnahmen in der Altstadt auch Hausanschlüsse auf Glasfaserbasis mitzulegen. Dies macht unter glasfaser-spezifischen technischen und Kostengesichtspunkten keinen Sinn. Im Verlauf der Erläuterungen wurden durch Herrn Frauenkron auch die Fragen von den Ausschussmitgliedern Maaßen und Kreitz zum Thema Vectoring-Technik, den Standards der Deutschen Glasfaser und zur Versorgung des Gewerbegebiets erläutert. Ausschussmitglied Mathar bedauerte, dass im Bereich Görgestraße weiterhin schwächer versorgte Bereiche verbleiben würden.

2. Vorstellung des DIEK-Entwurfes (DorfInnenentwicklungskonzept) für Kalterherberg

Frau Neumann vom beauftragten Planungsbüro Neuland+ stellte zunächst den Entwurf des DIEKs im Rahmen einer Präsentation vor. Das Konzept wurde allen Ausschussmitgliedern zuvor mit der Einladung vollständig zur Verfügung gestellt. Es sei vorgesehen, nach Vorberatung in diesem Ausschuss zunächst die Zustimmung des Initiativkreises Kalterherberg einzuholen und hiernach die Beschlussfassung im Rat einzuholen. Danach werde das Konzept der Bezirksregierung Köln zur Zustimmung vorgelegt.

In den nachfolgenden Wortmeldungen, insbesondere von G. Mathar, W. Maaßen, G. Alt, M. Kreitz u. R. Mertens wurde Wert darauf gelegt, die im DIEK entwickelten Projektansätze und Handlungsempfehlungen gemeinsam mit den Betroffenen stufenweise zu realisieren, die Finanzierung zu erarbeiten und planerische Voraussetzungen zu schaffen. Folgekosten sollten durch die Schaffung nachhaltiger Strukturen dabei mitberücksichtigt werden. Angeregt wurde, den Slogan „Lust auf Zukunft“ aufzunehmen. Besonders bedeutsam wurde die Nutzung des touristischen Potenzials gewertet, welches auch außerhalb der Altstadt Monschau bestehe und die strukturelle Schwäche u.a. der Entfernung zum Ballungsraum ausgleichen müsse. Hier gelte es nach BMin Ritter, „Reiseanlässe“ für Besucher zu schaffen.

Hiernach beschloss der Wirtschaftsausschuss bei 15 Ja-Stimmen einstimmig dem Rat zu empfehlen: „Der Rat der Stadt Monschau beschließt das Dorf-Innen-Entwicklungskonzept (DIEK) für Kalterherberg.“

3. DorfBioTop; Vorstellung des LEADER-Projektes durch die Biologische Station in der StädteRegion Aachen e.V.

Die Projektleiterin der Biologischen Station in der StädteRegion Aachen e.V., Dr. Henrike Körber, stellte in ihrer Präsentation das Projekt „DorfBioTop“ vor und warb um Interesse bei den angesprochenen Dörfern. Auch aus Monschauer Dörfern lagen

bereits Projektinitiativen vor. Die Ausschussmitglieder M. Kreitz, S. Mertens, W. Maaßen u. G. Mathar begrüßten das LEADER-Projekt, diskutierten Möglichkeiten der Umsetzung und hoben das ehrenamtliche Engagement für mögliche Projektansätze hervor.

4. Änderung der Werbesatzung und der Sondernutzungssatzung für die Altstadt Monschau  
hier: Zulassung und Gestaltung der Werbeaufsteller

Für die AMU stellte W. Maaßen den Antrag vor und bat um zustimmende Beschlussfassung zur Zulassung des Musteraufstellers im kommunalen Satzungsrecht. Im Verlauf der anschließenden Diskussion sprachen sich die Ausschussmitglieder G. Kaulen, M. Kreitz u. G. Mathar für diese Initiative aus und regten eine positive Beschlussfassung an. BMin Ritter begrüßte den Gestaltungsansatz und regte an, die Vermarktung über die AMU zentral zu organisieren. W. Weber übte generelle Kritik an den Aufstellern, da sie den Verkehr in der Fußgängerzone behindern würden.

Hiernach beschloss der Wirtschaftsausschuss bei 14 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme mehrheitlich, die Verwaltung zu beauftragen, die Änderung der Sondernutzungssatzung und der Werbesatzung vorzubereiten mit dem Ziel, künftig die in der Anlage zur Vorlage dargestellte „Monschauer Werbetafel“ als Werbeaufsteller im öffentlichen und privaten Raum zuzulassen. Je Betrieb darf höchstens ein Aufsteller in der Größe 122\*66 cm im privaten und einer im öffentlichen Raum verwendet werden.

Die entsprechenden Aufsteller sollen bis zur Rechtskraft der Änderung ab sofort im Wege des Einschreitungsersmessens durch die Ordnungs- (Sondernutzungssatzung) und durch die Baugenehmigungsbehörde (Werbesatzung) geduldet werden.

5. Antrag der SPD-Fraktion  
hier: Vorstellung eines lokalen Web-Kaufhauskonzeptes „Lokaso“

Ausschussvorsitzende A. Schallenberg gab zu diesem Top den Vorsitz an den stellv. Vorsitzenden G. Alt ab und erläuterte den Antrag. Sie bezog sich auf eine Empfehlung des Einzelhandelsverbandes und der IHK und bat darum, das Logo der Werbeaufsteller auch für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. BM Ritter äußerte Ihre Sorge, wonach nur Nischenprodukte eine solche Plattform nutzen und benötigen würden und erbat eine starke Stellungnahme der Unternehmerschaft zu dieser Thematik, wobei Ausschussmitglied Maaßen dies aus Sicht der AMU als wenig interessant ansah. Nach weiteren Beiträgen von G. Mathar, W. Weber und M. Kreitz zur Umsatzthematik und Sortimentsbreite wurde u.a. auch angeregt, das Projekt ggfls. vorstellen zu lassen. Der Wirtschaftsausschuss beauftragte hiernach die Verwaltung bei einer Enthaltung und 14 Ja-Stimmen einstimmig, das Angebot der Firma Lokaso GmbH zu prüfen, zu bewerten und in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses den Antrag zur Beratung und Beschlussfassung nochmals vorzulegen.

6. Kostenbeteiligung am Weihnachtsmarkt

Für die Monschau Touristik GmbH berichtete Frau Barbara Frohnhoff anhand einer ausführlichen Präsentation über die Herausforderungen und Rahmenbedingungen eines qualitativ hochwertigen Weihnachtsmarktes und die Bemühungen von Veranstalterseite, für die Zukunft ein angemessenes Ambiente zu schaffen. Kern der Thematik ist die Refinanzierung der Kosten der Veranstalterin und die

Partizipation der Begünstigten. Eine Kostenbeteiligung der Nicht-Budenbesitzer erscheint unumgänglich, um auch wenig-kommerzielle bzw. nicht gastronomische Betreiber gewinnen zu können, für die hohe Standgebühren nicht marktgängig sind. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ausschussmitglied M. Kreitz griff die Idee der Qualitätssteigerung auf und erhoffte sich z.B. mehr Kunsthandwerk, wenn es der Stadt gelänge für den nächsten Weihnachtsmarkt die Kostenbeteiligung auf breitere Füße zu stellen. Auch G. Mathar signalisierte Zustimmung, mehr Profiteure an den Kosten zu beteiligen. W. Maaßen stellte dazu heraus, dass der Aufwand der Betreiber sich eher rechnen würde, wenn mehr Öffnungstage gestattet würden. Die Relation würde nicht stimmen. Bürgermeisterin Ritter regte an zu überlegen, ob nicht auch die Stadt an den nichtunmittelbaren Veranstaltungskosten einen größeren Anteil übernehmen sollte, beispielsweise bei den Kosten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit dem Sicherheitskonzept. Dies unterstützte auch Ortsvorsteher Kaulen, der den Vorteil des Weihnachtsmarktes nicht auf die Altstadt Monschau begrenzt sah, sondern der sich auch auf die Dörfer erstreckte.

Um der Monschau Touristik GmbH Zeit zu geben, die Gespräche mit den Geschäften in der Altstadt über mögliche Kostenbeteiligungen aufzunehmen und der Verwaltung Zeit zu geben, eine Bereitschaft zur Übernahme der Kosten des Sicherheitskonzeptes zu überdenken sowie zu prüfen, den Markt z.B. um einen weiteren Wochentag und ein weiteres Wochenende zu verlängern, wurde die weitere Beratung auf eine zusätzliche Wirtschaftsausschusssitzung vor dem Stadtrat in Abhängigkeit der Beteiligung der Betriebe vertagt. Hiernach sollte dann der Rat entscheiden.

## 7. Anfragen der Ausschussmitglieder

- Ausschussmitglied Mathar erkundigte sich nach der Müllentsorgung an den Schutzhütten entlang der Vennbahn. Bürgermeisterin Ritter teilte mit, dass dort, wie auch an anderen Wanderhütten keine Müllgefäße aufgestellt würden.
- In abwechselnden Anfragen zu dieser Thematik erkundigten sich M. Kreitz u. G. Mathar zu den Möglichkeiten, ob neben Bauhoftätigkeiten auch ehrenamtliche Müllbeseitigung zulässig wäre und ob dies dem Anfragersteller M. Fichtner im Ergebnis im Protokoll so mitgeteilt werden könne. Auch wurde gefragt, ob in diesem Zusammenhang der Maßnahmen „Bauhof vor Ort“ zunächst andere Dinge erledigt werden könnten, bevor beispielsweise Platten vor Briefkästen verlegt würden und auch dies dem Anfragersteller auf diesem Wege mitgeteilt werden könne. Stellungnahme der Verwaltung: Die ehrenamtliche Reinigung von Schutz- und Wanderhütten ist üblich und wird vielerorts praktiziert. Die Tätigkeiten „Bauhof vor Ort“ werden in Abstimmung mit den Ortsvorstehern nach Prioritäten gewichtet.
- Zur Anfrage des Blitzschutzes in Metallunterständen (Buswartehallen, Schutzhäuschen Vennbahn, Wintergärten usw.) wurde in vorangegangenen Sitzungen bereits mehrfach ausgeführt. Eine über das übliche Maß hinausgehende Gefährdung besteht nach fachlicher Analyse durch die Konstruktion nicht. Durchnässte Holzhütten, Metallkonstruktionen mit Glaswänden, Ganzmetallcontainer usw. sind unter den Gesichtspunkten der Leitfähigkeit physikalisch ähnlich zu betrachten. Eine Sicherung durch amtlichen Blitzschutz ist nicht finanzierbar, unüblich und erfolgt nirgendwo.

## 8. Mitteilungen der Verwaltung

### 8.1 mündl. Mitteilungen

- Teilnahme am StädteRegions-Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“  
BM Ritter informierte über die im Sommer anstehende Bereisung der StädteRegionsbewertungskommission

- Sperrung der Stege am Palsen „Rotes Venn“, Mützenich  
Die StädteRegion hat mitgeteilt, nach Genehmigung des Haushalts die Steganlagen auf den StädteRegionalen Eigentumsflächen zu erneuern.